

Kopie geht zur gefl. Kenntnisnahme an die Politische Abteilung des Eidgenössischen Politischen Departements, Bern.



a.B.21.211.Indonésie - GK.  
P. 1950 - B/W1.-

Herr Legationsrat,

Ihr Schreiben vom 19. Januar hat sich mit meinem am 14. Januar 1950 an die Politische Abteilung des Eidgenössischen Politischen Departements gesandten Bericht, von dem ich Ihnen eine Kopie zukommen liess, gekreuzt.

Mittlerweile haben neben dem Hochkommissär der Königin der Niederlande, Herrn H.M. Hirschfeld, welcher den Rang eines Botschafters hat, die Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Indien und Grossbritannien ihre Beglaubigungsschreiben überreicht und ihre Tätigkeit aufgenommen. Das gleiche gilt für Frankreich, das den früheren Generalkonsul in hier zum Geschäftsträger ernannte. In Bezug auf Australien und Belgien sind bisher noch keine definitiven Entschlüsse getroffen worden, obschon vorgesehen ist, dass auch diese beiden Länder ihre Konsulate in diplomatische Posten umwandeln. Der Vatikan sieht entgegen den ersten Mitteilungen die Ernennung eines Internunzius anstatt eines Nunzius vor. Religiös-politische Erwägungen sollen zu dieser Aenderung Anlass gegeben haben. Man glaubt, dass diese Funktionen dem hier tätigen apostolischen Delegierten übertragen werden. Schweden, die Sowjet Union, die Tschechoslowakei und Ungarn haben anlässlich der Anerkennung der R.I.S. ebenfalls von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gesprochen.

Soweit die Schweiz in Frage kommt, frug mich lediglich der dem Ministerpräsidenten Hatta nahestehende Justizminister Supomo, ob die Schweiz nun ihr Konsulat nicht auch in eine diplomatische Vertretung umwandle. Ich erwiderte, dass meines Wissens diese Frage Gegenstand näherer Prüfung bilde, dass ich indessen bisher hierüber nichts Definitives erfahren habe.

Während den 3½ Jahren, die ich hier tätig bin, konnte ich die Beobachtung machen, dass die Honorarkonsuln, mit Ausnahme von grösseren Empfängen, wo dies nicht anders möglich war, einfach ignoriert wurden. Auch gesellschaftlich verkehrten die Berufskonsuln fast ausschliesslich unter sich. Dadurch verloren die ersteren den für eine einigermaßen genaue Berichterstattung nötigen Kontakt, abgesehen von anderen

Verwaltungsangelegenheiten des  
Eidgenössischen Politischen Departements,

B e r n .

23. Feb. 1950

Kopie

Anzug für Dossier p.B. 15. 11. Indonesien 1.  
(Ere. einer dipl. Vertretung)

M. Cuffat  
22. II. 5

11. Februar 1950.  
Oranje Blv. 5.

p.B. 73. Indonesien 0

p.B. 15. 11. Indonesien 1.

M/Ch.





Nachteilen, die diese Situation mit sich brachte. Insofern daher die Schweiz nur ein Konsulat in hier unterhält, riskiert man, dass eine ähnliche Zurücksetzung Platz greift und man schlussendlich einer Isolierung gegenübersteht, die man im Interesse unseres Landes besser vermeidet. Da ich den derzeitigen amerikanischen Botschafter aus seiner früheren Tätigkeit in hier kenne, hat mich derselbe bisher, wann immer Gelegenheit hierzu bestand, so auch zum Empfang von Botschafter Jessup eingeladen. Auch der indische Botschafter lud mich ein. Man darf aber doch wohl nicht ohne weiteres voraussetzen, dass andere diplomatische Vertreter in gleicher Weise vorgehen. Andererseits scheint mir in Berücksichtigung der noch recht wenig konsolidierten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf diesem Posten ein enger Kontakt mit den anderen Missionen von äusserster Wichtigkeit.

Manche Fragen werden sich auch derzeit nur im Einvernehmen mit der schweizerischen Gesandtschaft in Haag erledigen lassen. Die Regierung der Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien, die wie alle diese jungen Staatswesen, an Ueberempfindlichkeit leidet, würde es aber dessen ungeachtet sicher empfinden und als unrichtig betrachten, wenn dieses Konsulat der Gesandtschaft in Haag unterstellt bleiben würde. Dies hauptsächlich dann, wenn sich die politischen Verhältnisse nicht im Sinne der Round Table Conference abwickeln sollten, was kaum denkbar ist. Um in dieser Hinsicht daher Verstimmungen und später eventuell Unannehmlichkeiten zu vermeiden, neige ich der Ansicht zu, dass es vorteilhafter wäre, diesen Posten direkt dem Eidgenössischen Politischen Departement zu unterstellen.

Die Entwicklung der Verhältnisse sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist seit der Uebergabe der Souveränität wenig ermutigend. Einmal war es der Verwaltung nicht möglich, alle ihre Leute so zu plazieren, wie es gewünscht wurde; einzelne Parteien fühlen sich deshalb zurückgesetzt und sind unzufrieden. Zu diesen Unzufriedenen gesellen sich jene, deren Verlangen in politischer Hinsicht nicht oder ungenügend berücksichtigt wurden (Ambonesen, Menadonesen usw.). Anstatt sich der Zentralverwaltung zu subordinieren, machen sich bereits heute schon separatistische Bestrebungen bemerkbar. Selbst die frühere Republik Indonesien propagiert offen den Anschluss von Gebieten, die während der Revolutionszeit nur zum Teil oder gar nicht zu diesem Staatswesen gehörten. Bei der Auflösung der Regierung des Negara Pasundan, dessen Gebiet nun wieder der Federalen Bundesregierung unterstellt wurde, hat wohl die Westerling Affäre eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

Der bisher der breiten Öffentlichkeit völlig unbekannt Hauptmann Westerling ist seit dem am 23. Januar 1950 in Bandung veranlassten Putsch über Nacht zu einer mystisch-gefährlichen Figur geworden, die den Indonesiern starke Beklemmungen



verursacht und von der die hier lebenden Europäer nicht wissen, wie sie dieselbe einzuschätzen haben.

Derselbe wurde in der Türkei als Sohn eines Holländers und einer Türkin geboren. Er ist dort aufgewachsen und hat zum erstenmal anlässlich einer Militäraktion in Celebes Ende 1946, wo er mindestens 20.000 Personen ermorden und ganze Eingeborenenörter abbrennen liess, durch sein ruchloses draufgängerisches Wesen die Aufmerksamkeit militärischer Kreise auf sich gelenkt. Der von ihm in Bandung inszenierte Putsch war hauptsächlich gegen ehemalige Militärführer der früheren Republik Indonesien gerichtet. Ein dort führendes Hotel, in dem viele Offiziere einquartiert waren, ist ohne weiteres mit Maschinengewehren beschossen worden. Innert ganz kurzer Zeit gab es etwa 77 Tote, 71 Militärs und 6 Zivilisten. Die T.N.I. (Tentara Nasional Indonesia) soll sich bei diesem Kampf sehr schlecht bewährt haben. Teilweise, so wird erzählt, desertierten sie offen, teilweise versuchten sie in den Uniformen der Kellner zu entweichen. Offenbar liegt ihnen auf Grund ihres Trainings der Guerillakrieg besser. Der ungünstige Eindruck, der hierdurch erweckt wurde, lässt sich aber nicht verwischen. Anhänger Westerlinge, die sich auf alle Schichten der Bevölkerung verteilen sollen, sind hauptsächlich holländische oder indische Soldaten, die bisher hier Dienst verrichteten und nicht nach Holland oder nach Hause zurückkehren wollen. Zu ihnen gesellen sich die Unzufriedenen und endlich diejenigen, die sich den an der Round Table Conference getroffenen Vereinbarungen nicht fügen oder gegen diese opponieren wollen. Gegenwärtig soll sich Westerling mit einem Teil seiner Parteigenossen in den Bergen des Preangergebietes aufhalten. Mit grösseren Anschlägen soll bis zum vollständigen Abzug der holländischen Truppen im Juli zugewartet werden.

Beunruhigend wirkt, dass unter den von der R.I.S. in letzter Zeit in Pasundan und Djakarta verhafteten Personen eine grössere Zahl einflussreicher Persönlichkeiten, von denen nicht angenommen werden kann, dass sie sich ohne weiteres mit ihrem Los abfinden, sind. Ferner wird mit allen Mitteln versucht, höhere indonesische Funktionäre, die sich zum Teil eines ausgezeichneten Rufes erfreuen und die dem früheren Regime ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten, ihrer Beamtungen zu entheben und sie durch Republikaner zu ersetzen.

Am 26. Januar 1950 hat der Militärgouverneur für Djakarta nach 10 Uhr abends für die Bevölkerung das Ausgangsverbot angeordnet.

Abgesehen von einigen kleineren Scharmützeln ist es hier im grossen und ganzen ruhig. In vermehrtem Masse aktiv sind allerdings Diebesbanden, die teilweise bis zu 60 Mann hoch sich vornehmlich im Hafengebiet von Tandjong Priok recht unangenehm bemerkbar machen, sodass nun die Polizei Weisung hat, ihre Feuerwaffe zu gebrauchen. Dies dürfte mit einer immer mehr schwindenden und teurer werdenden Warenmenge auf dem



Markt im Zusammenhang stehen. Gewisse Produkte wie Textilien, kondensierte Milch etc. fehlen beinahe vollkommen. Es ist im Interesse des Landes zu hoffen, dass mit Hilfe der zu Ende des vorigen Jahres für Indonesien freigegebenen Summe der Marshallhilfe die leeren Regale der Läden bald wieder geöffnet werden können. In einem kürzlichen Erlass sind alle grösseren Geschäfte amtlich aufgefordert worden, ihre Lager aufzunehmen, Kopien des Inventars abzuliefern und 50% des Vorrates für die Regierung zu reservieren.

Die beim Konsulat aus anderen Gegenden eintreffenden Nachrichten lauten ähnlich.

Eine Ausnahme macht der südöstliche Teil von Ost-Java, wo nach hier eingehenden Berichten tausende von Bänden, die die dortigen Plantagen auf alle möglichen Weisen ihrer Produkte berauben, tätig sind. Die jüngere Generation wird planmässig zum Gebrauch der Bambusspiesse ausgebildet. Barken werden angehalten und ihre Ladung -meistens Kaffee- weggeführt. Die meistgenannten Plätze sind Djenber, Besuki und Panarukan. Schweizer oder schweizerische Plantagen hat es m.W. dort nicht.

Die Lage in der Stadt Surabaja und Umgebung soll sich seit der Machtübergabe eher verbessert haben.

Aus dem Gebiete von Djokjakarta wird eine planmässige Zerstörung der dortigen Zuckerfabriken gemeldet. Diese offenbar geduldeten Abtragungen sollen so weit vorgeschritten sein, dass ein Wiederaufbau derselben nunmehr überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Weder in der Umgebung von Djokjakarta noch derjenigen von Solo ist es bisher gelungen, eine einzige Zuckerfabrik in Betrieb zu setzen. Man glaubt, dass diese anhaltenden Zerstörungen politische Hintergründe haben und bezwecken, die kleineren einheimischen Betriebe zu fördern. Das Resultat davon ist eine sich stets verschlechternde oekonomische Lage dieser Gebiete.

Durch den von der Amerikanischen Export- & Import-Bank gewährten neuen Kredit von 101 Millionen Dollar für Indonesien, wird auch der Handel und das Finanzwesen vorübergehend neuen Impuls erhalten. Es wäre aber falsch, sich davon zu viel zu versprechen, meldet doch die frühere Republik Indonesien allein für das Jahr 1950 ein Staatsdefizit von rund 1,5 Milliarden. In diesem verhältnismässig kleinen Staatsbetrieb sind 200.000 Beamte und Angestellte tätig, für deren Bezahlung rund 556 Millionen aufgebracht werden müssen. Im Jahre 1932 beschäftigte die Verwaltung von ganz Niederländisch Indien insgesamt 209.969 Personen. Dass unter diesen Umständen die Chefs einiger Staaten (Negaras), wie Ost- und Süd-Sumatra- schon jetzt Bedenken haben, wie die nötigen Steuern zur Deckung solcher und ähnlicher Rückstände aufzubringen sind, ohne ihre eigenen Staats-



kassen zu stark zu schwächen, liegt auf der Hand; besonders auch deshalb, weil eine grosse Zahl von Plantagen auch heute aus den mannigfachsten Gründen noch nicht im Stande sind, voll und ungestört zu arbeiten.

Ein weiteres Sorgenkind sind die sich in letzter Zeit über das ganze Land ausdehnenden Streiks. Die hauptsächlichsten waren diejenigen der Hafentarbeiter des Hafens Belawan/Sumatra, der Oelraffinerien in Balikpapan und Pladju, sowie kürzlich der Streik der asiatischen Bankangestellten bei der Niderlandsche Handel Maatschappij in Djakarta, einem der grössten Bankinstitute mit ca. 700 asiatischen Bankangestellten.

Sie erschen aus dem Vorgehenden, was für ein kolossales Pensum der Lösung durch die heutige Regierung wartet. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass Propaganda und dunkle Hinterwälder ein weites und dankbares Feld haben, die Bevölkerung, sowohl die einheimische als ausländische in einem Zustand der Unruhe und Angst zu halten.

Das Konsulat ist bisher in der Ausübung seiner Amtspflichten in keiner Weise behindert worden und erfreut sich -da wo nötig- der vollen Zusammenarbeit der Regierung. Angesichts des Wechsels eines Grossteiles der früheren erfahrenen Beamten lassen sich aber Verzögerungen in der Erledigung der einzelnen Angelegenheiten nicht vermeiden.

Gesehmigen Sie, Herr Legationsrat, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE KONSUL:



U. Bensch.